

Karsai verlangt massive Finanzhilfe aus dem Ausland

UN schätzen Finanzbedarf für kommendes Jahr auf 1,7 Milliarden Dollar

TOKIO: Einen Tag vor Beginn der Geberkonferenz für Afghanistan in Tokio hat Interims-Regierungschef Hamid Karsai am Sonntag einen dringenden Appell zu umfassender Hilfe an die internationale Gemeinschaft gerichtet.

Die UNO und Gastgeber Japan gaben sich am Sonntag vorsichtig optimistisch, dass die benötigten Milliardenhilfen erreicht würden. Karsai zeigte sich andererseits tief enttäuscht über die bisherigen Hilfsleistungen des Westens und warnte vor einem Rückfall seines Landes ins Chaos.

Vertreter von rund 60 Staaten und mehr als 20 internationalen Organisationen beraten am Montag und Dienstag in Tokio über einen umfassenden Wiederaufbauplan für Afghanistan. Gemeinsamen Vorsitz der Tagung haben Japan, die USA, die EU und Saudi-Arabien. Im Vorfeld des Gipfels berieten rund 30 Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) über den Wiederaufbau Afghanistans.

Nach Angaben Karsais sagte Saudi-Arabien eine sofortige Nothilfe von 20 Millionen Dollar zu. Ein US-Regierungsvertreter versprach, die Hilfe seines Landes werde «substanzvoll» sein. Die USA wollten sich langfristig engagieren. Zu dem Gipfel reisten Aussenminister Colin Powell und Finanzminister Paul O'Neill an.

Japan will nach Presseberichten in den kommenden zweieinhalb Jahren 500 Millionen Dollar zur Verfügung



Afghanistans Interims-Regierungschef Hamid Karsai hat die internationale Gemeinschaft um umfassende Hilfe gebeten.

stellen. Die EU kann laut Aussenkommissar Chris Patten bis zu einem Viertel der ersten fünf Milliarden Dollar aufbringen.

Deutschland will nach Informationen des Fernsehsenders ARD 320 Mil-

lionen Euro zusagen. Der Konferenz liegt eine Schätzung der UNO und der Weltbank vor, wonach Afghanistan in den nächsten zehn Jahren etwa 15 Milliarden Dollar brauchen wird. Karsai sagte, Priorität habe, dass die Re-

gierung, die Verwaltung, das Gesundheitswesen und das Bildungswesen funktionierten. Der Geldbedarf Afghanistans drittelt sich nach Ansicht der UNO, der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank: fünf Milliarden Dollar für die ersten und als besonders kritisch erachteten zweieinhalb Jahre, weitere fünf Milliarden Dollar für die folgenden zweieinhalb Jahre und noch einmal fünf Milliarden für die fünf Jahre danach.

In Afghanistan kamen beim Absturz eines US-Transporthelikopters am Sonntag zwei US-Marineinfanteristen ums Leben. Fünf weitere seien verletzt worden, bestätigte ein Armeesprecher. Die Maschine startete auf dem Flughafen Bagram nahe Kabul und stürzte etwa 60 Kilometer weiter südlich ab. Die Ursache war zunächst unklar.

In Kabul nahm die Polizei sechs Mitglieder des mutmasslichen Terrornetzwerks El Kaida und ihren Chauffeur fest. Nach Angaben der Kriminalpolizei wollte die Gruppe in die südliche Region Kandahar fliehen, wurde aber am Freitagabend nach einem Hinweis von Polizei-Informanten festgenommen.

Britische Parlamentsabgeordnete kritisierten die Inhaftierung mutmasslicher Mitglieder der Terrororganisation El Kaida auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo. Der Menschenrechtsausschuss des Unterhauses will in einem Gespräch mit dem US-Botschafter in London, William Farish, darauf dringen, dass die Inhaftierten als Kriegsgefangene gemäss der Genfer Konvention anerkannt werden.

NACHRICHTEN

EU: Vollbeschäftigung bis 2010

BURGOS: Die EU hält trotz der verschlechterten Wirtschaftslage an ihrem Ziel fest, bis zum Jahr 2010 die Vollbeschäftigung zu erreichen. Darauf verständigten sich die Arbeits- und Sozialminister der EU-Staaten bei einem informellen Treffen in Burgos in Nordspanien. Allerdings seien zusätzliche Reformen erforderlich, betonte der EU-Ratspräsident und spanische Sozialminister Juan Carlos Aparicio nach Radioberichten vom Sonntag. Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten stärker in die Arbeitsmarktpolitik einbezogen werden. Ausserdem müsse die EU der Zuwanderung eine grössere Aufmerksamkeit widmen.

Zeman: Sudetendeutsche sind «Landesverräter»

WIEN: Der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman hat die nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Sudetendeutschen als Landesverräter bezeichnet. «Kann man jetzt wirklich Versöhnung für Verräter fordern?» sagte Zeman in einem Interview mit dem am Montag erscheinenden österreichischen Magazin «Profil». Auszüge des Interviews veröffentlichte die österreichische Nachrichtenagentur APA am Wochenende. Den FPÖ-Politiker Jörg Haider nannte Zeman einen «populistischen Pro-Nazi-Politiker».

Zeman erteilte in dem Interview Förderungen der österreichischen Sudetendeutschen Landsmannschaft eine Absage, deutsche Ortstafeln in Gebieten aufzustellen, aus denen Sudetendeutsche vertrieben worden waren. «Österreich war nicht das erste Opfer Hitler-Deutschlands, sondern der erste Verbündete», zitierte APA aus dem Interview. «Ausserdem darf man nicht vergessen, dass die Sudetendeutschen die fünfte Kolonne Hitlers waren, um die Tschechoslowakei als einzige Insel der Demokratie in Mitteleuropa zu zerstören.» Nach tschechischem Recht hätten viele Sudetendeutsche Landesverrat begangen.

Oppositionskundgebung in Simbabwe gewaltsam unterdrückt

HARARE: Die Gewalt gegen Anhänger der Opposition in Simbabwe reiss nicht ab. Etwa hundert militante Parteigänger von Präsident Robert Mugabe blockierten in Bulawayo, der zweitgrössten Stadt des Landes, am Sonntag eine Kundgebung der Oppositionsbewegung MDC. Mindestens 18 Menschen seien dabei verletzt worden, sagte MDC-Generalsekretär Welshman Ncube. Ein Mann habe ein Auge verloren. Wie Ncube berichtete, wurden die etwa 6000 MDC-Anhänger von hunderten Polizisten mit Tränengas auseinandergetrieben und durch die Stadt gejagt. Die Regierung in London erarbeitet nach einem britischen Pressebericht Pläne zur Evakuierung von etwa 25 000 Staatsbürgern aus der früheren Kolonie.

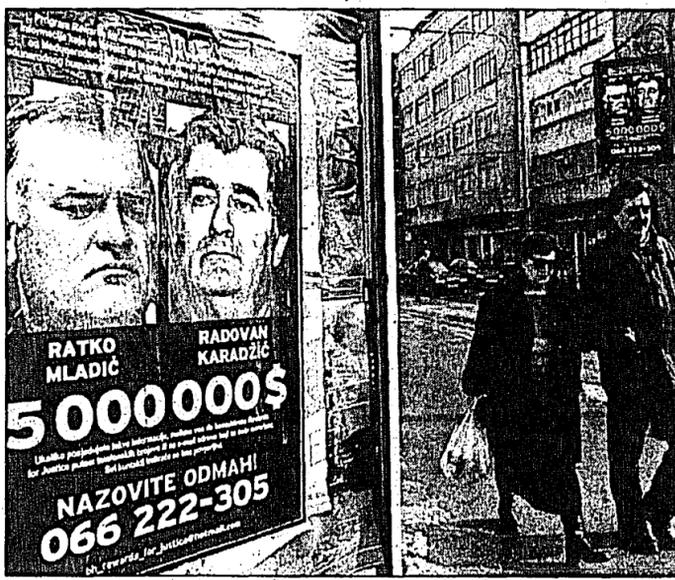
Ehrgeiziges Projekt

PEKING: Mit der Zerstörung der ersten von 22 Städten und Landkreisen hat China am Sonntag mit den Vorbereitungen zum weltweit grössten Staudammprojekt begonnen. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua am Sonntag meldete, sprengten Arbeiter ein grosses Verwaltungsgebäude in der 2300 Jahre alten Stadt Yong'an in der Region Fengjie. Zwei Fabrikgebäude und der 50 Meter hohe Kamin eines Kraftwerks sollten folgen. Der Dreischluchten-Staudamm wird nach seiner für 2009 geplanten Fertigstellung hunderte von Städten und Dörfern im oberen Flusslauf des Jangtse unter Wasser setzen. Bereits im Juni kommenden Jahres soll der Damm erstmals Wasser stauen. Rund 1,3 Millionen Einwohner werden zum Teil unter Zwang umgesiedelt. Das 27 Milliarden Dollar teure Projekt wurde stark kritisiert, weil Korruption die Umsiedlung verzögerte und ein Teil der neuen Häuser noch nicht bezugsfertig sind.

Fahndungsplakate in Bosnien

USA bieten fünf Millionen Dollar für Karadzic und Mladic

Das US-Aussenministerium hat eine Belohnung von fünf Millionen Dollar für Informationen über die mutmasslichen Kriegsverbrecher Radovan Karadzic und Ratko Mladic ausgesetzt. In der bosnischen Hauptstadt Sarajevo wurden am Wochenende entsprechende Fahndungsplakate aufgehängt. Darauf wurden die Bürger aufgefordert, mögliche Hinweise telefonisch zu nennen. Karadzic und Mladic waren die politischen und militärischen Führer der bosnischen Serben im Krieg gegen Muslime und Kroaten. Sie wurden 1996 vom internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag angeklagt und sind seitdem auf der Flucht. Karadzic wird im serbisch kontrollierten Teil Bosniens vermutet. Erst am vergangenen Donnerstag hatte die bosnische Regierung sechs Algerier an die USA ausgeliefert, die an terroristischen Aktionen beteiligt gewesen sein sollen.



Palästinenser fordern Ende der Belagerung Arafats

Tausende Demonstranten in den Autonomiegebieten - Israel lässt Rundfunksender sprengen

RAMALLAH: In den palästinensischen Autonomiegebieten haben am Sonntag tausende Demonstranten gegen die andauernde Belagerung von Präsident Jassir Arafat protestiert.

In Ramallah kam es zu einer Schiesserei, als ein Panzer in einem Wohngebiet stecken blieb. Arafat bat nach der israelischen Militärrückzug am Samstag um internationale Hilfe. Er erklärte, nur so könne die Situation gerettet werden, «bevor sie explodiert». Soldaten hatten das Gebäude des palästinensischen Rundfunks in die Luft gesprengt. Aus palästinensischen Sicher-

heitskreisen verlautet, im Süden von Ramallah hätten sich die Soldaten in dem stecken gebliebenen Panzer und palästinensische Extremisten ein Feuergefecht geliefert. Dabei seien zwölf Palästinenser und ein israelischer Soldat verletzt worden. Hunderte Akademiker marschierten unterdessen zum zerstörten Gebäude des Rundfunks. «Verteidigt die palästinensischen Gebiete und verteidigt unseren Präsidenten Arafat», hiess es in einem von der Fatah-Organisation verteilten Flugblatt. In Gaza zogen mehrere tausend Palästinenser, die meisten Mitglieder der Fatah, vor das Haus des Präsidenten, in dem Arafat jedoch seit zwei

Monaten nicht mehr gearbeitet hat. «Die aktuelle Situation ist sehr gefährlich», sagte Arafat am Samstagabend. Er steht in Ramallah praktisch unter Hausarrest. Die israelische Regierung verlangt von ihm die Festnahme der Mörder von Tourismusminister Rehwam Seewi.

Mit rund einem Dutzend Panzer aufmarschiert

Israelische Soldaten waren am Samstagmorgen mit rund einem Dutzend Panzern aufmarschiert und hatten das Rundfunkgebäude gestürmt und später gesprengt. Die israelischen Streitkräfte erklärten in einer

Stellungnahme, sie hätten vor der Explosion die technische Ausrüstung des Senders beschlagnahmt. Der Generalsekretär des palästinensischen Parlaments, Ahmed Abdel Rahman, sprach von einem Verbrechen, mit dem Israel die palästinensische Autonomiebehörde zerstören wolle.

Der Sender Stimme Palästinas zog in die Büroräume einer privaten Radiostation im Zentrum Ramallahs um, wie der Intendant Radwan Abu Ajjash erklärte. Israel hatte dem Rundfunk wiederholt vorgeworfen, mit seinen Berichten den Konflikt anzuhetzen. Schon zuvor waren Einrichtungen des palästinensischen Rundfunks

im Westjordanland und im Gazastreifen bombardiert worden. Der Sender erklärte, sein Programm reflektiere nur die Stimmung in der palästinensischen Bevölkerung.

Israel reagierte mit der Militärrückzug auf den Angriff eines Palästinensers auf eine israelische Familienfeier, bei der am Donnerstag sechs Menschen getötet worden waren. «Zu meinem Bedauern sehen wir eine neue Eskalation in dem Konflikt», sagte der israelische Verteidigungsminister Benjamin Ben Elieser nach einer Kabinettsitzung am Sonntag. «Es gibt einen klaren Anstieg in Anzahl und Ausmass der terroristischen Vorfälle.»